Verordnung

der fürstlichen Regierung vom 20. Dezember 1944,
betreffend die Haftpflichtversicherung für Fahrräder.

Gestützt auf Art. 13 des Gesetzes vom 3. Juli 1933 LGBI.
Nr. 10 betreffend die Regelung der Bestimmungen über den
Verkehr auf den öffentlichen Straßen und Wegen (Verkehrsgesetz)
erläßt die fürstliche Regierung folgende Verordnung:

Art. 1.

Für sämtliche im Verkehr befindlichen Fahrräder wird ab
1. Januar 1945 die Pflicht zur Haftpflichtversicherung eingeführt.

Art. 2.

Die fürstliche Regierung wird mit einer oder mehreren zum
Geschäftsbetrieb in Liechtenstein zugelassenen schweizerischen Ver-
sicherungsgesellschaften einen Haftpflichtversicherungsvertrag für
Fahrräder abschließen. Dieser Kollektivversicherungsvertrag muß
zu folgenden Summen abgeschlossen werden:

20 000.— Franken, wenn eine Person verunglückt,

30 000.— Franken, wenn bei demselben Ereignis mehrere
Personen verletzt werden und

2 000.— Franken, für Sachschäden mit 10.— Franken
Selbstbehalt.

Der Versicherer hat für jeden Schaden, der durch den Ge-
brauch eines versicherten Fahrrades verursacht wird und für
welchen der Halter oder der ermächtigte Benutzer des Fahrrades
zivilrechtlich haftbar ist, Deckung zu gewähren.

Für Schäden, für die ein nicht ermächtigter Benutzer des
versicherten Fahrrades Dritten gegenüber haftpflichtig ist, hat der
Versicherer Deckung zu gewähren, soweit ihm der Geschädigte
keine Ersatzansprüche gegen den Radfahrer abtritt. Regressansprü-
che von Versicherern des Geschädigten können jedoch in diesem
Falle von der Deckungspflicht ausgenommen werden.

Der Versicherer muß sich verpflichten, Einreden aus dem Versicherungsvertrag, welche die Deckung des Schadens schmälern oder aufheben würden, dem Geschädigten gegenüber nicht geltend zu machen. Dagegen bleiben die Einreden gegenüber einem Versicherer des Geschädigten, sowie der Rückgriff auf den versicherten Radfahrer vorbehalten.

Durch die Versicherung bleibt gedeckt:

- a) bei Übertragung oder Überlassung eines Kennzeichens (Art. 12),
- b) bei Benützung eines Fahrrades ohne Kennzeichen, wenn für das Fahrrad ein Kennzeichen erteilt und dieses nicht gleichzeitig an einem andern Fahrrad verwendet wurde.

Von der Versicherung können ausgenommen werden:

- a) Ansprüche der Mitfahrer auf Fahrrädern und Fahrradkombinationen (Tandem etc.),
- b) Ansprüche aus Schäden, die am versicherten Fahrrad, an den durch das Fahrrad transportierten oder gezogenen Sachen oder aus deren Verlust entstehen,
- c) Ansprüche aus Schäden, die anlässlich der Teilnahme an behördlich bewilligten Wettrennen entstehen,
- d) Ansprüche aus Schäden, die durch militärisch requirierte Fahrräder verursacht werden,
- e) Ansprüche der im Dienste des Fahrzeughalters oder Lenkers stehenden Personen,
- f) Ansprüche des Fahrradhalters oder Lenkers sowie deren Ehegatten, Geschwister, sowie der Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie (Eltern, Großeltern, Nachkommen des Versicherten und seines Ehegatten, Adoptiv- und Pflegekinder).

Art. 3.

Die Fahrradbesitzer haben jährlich im Monat Januar die von der Regierung vorgeschriebenen Versicherungsprämien bei der Gemeindekasse ihres Wohnortes einzuzahlen.

Die Gemeindekasse führt ein Register über sämtliche Fahrräder, für welche die Versicherungsprämie bezahlt wurde und welche für das betreffende Jahr zum Verkehr zugelassen sind. Die Verwendung eines nichtversicherten Fahrrades ist verboten. Die Fahrradbesitzer werden durch Aushändigung eines Auszuges aus den wichtigsten Bestimmungen des Haftpflichtversicherungs-

vertrages, und insbesondere auch der im Schadensfall zu beachtenden Vorschriften durch den zuständigen Gemeindekassier in Kenntnis gesetzt. Bei ihm können auch die entsprechenden Schadenanzeigeformulare bezogen werden.

Art. 4.

Zu Kontrollzwecken werden an Fahrradeigentümer bei Bezahlung der Versicherungsprämien jährlich Banderolen zum Selbstkostenpreis abgegeben. Diese sind an der Lenkstange links anzubringen. Als Ersatz hierfür können auch Schilder mit Landeswappen und der entsprechenden Fahrzahl, die hinten am Fahrrad angebracht werden müssen, abgegeben werden.

Art. 5.

Hat ein Fahrradbesitzer bereits eine Haftpflichtversicherung bei einer in Liechtenstein zum Geschäftsbetrieb zugelassenen schweizerischen Versicherungsgesellschaft abgeschlossen, kann er bei Nachweis dieser Versicherung von der Bezahlung der Prämie der vom Lande abgeschlossenen Haftpflichtversicherung für das Jahr 1945 befreit werden. Ab 1. Januar 1946 müssen sämtliche Fahrräder in den von der Regierung abgeschlossenen Kollektiv-Haftpflichtversicherungsvertrag eingeschlossen werden.

Art. 6.

Die Entrichtung der Versicherungsprämie bezw. der Nachweis einer bestehenden besonderen Haftpflichtversicherung für das Jahr 1945 und der Bezug bezw. die Abgabe der Banderolen oder Schilder hat alljährlich bis spätestens 31. Januar stattzufinden. Als Legitimation erhalten die Fahrradbesitzer eine Ausweiskarte.

Art. 7.

Nimmt ein Radfahrer aus der Schweiz in Liechtenstein Niederlassung oder Aufenthalt, so hat er beim Gemeindekassier seines Wohnortes die Haftpflichtversicherungsprämie für das betreffende Jahr zu bezahlen oder nachzuweisen, daß er noch für dieses Jahr haftpflichtversichert ist.

Art. 8.

Wenn eine Ausweiskarte oder eine Banderole bezw. ein Schild verloren geht, oder ein Fahrrad verkauft wird, hat der Fahrradbesitzer dies dem Gemeindekassier ohne Verzug anzuzeigen. Für die Ausstellung einer neuen Ausweiskarte ist eine Schreibgebühr von 50 Rappen zu bezahlen.

Art. 9.

Wenn auf die Benützung eines Fahrrades verzichtet wird, sind die Ausweiskarte und die Banderole bezw. das Schild un-
verzüglich dem zuständigen Gemeindekassier abzugeben.

Art. 10.

Die Kontrollorgane des liechtensteinischen Sicherheitskorps erhalten die Ausweiskarten und die Banderolen bezw. Schilder von der fürstlichen Regierung.

Art. 11.

Wer Fahrräder gewerbsmäßig vermietet, hat über die Mieten Kontrolle zu führen und den Auskunftsorganen auf Verlangen jederzeit Auskunft zu geben.

Es dürfen nur verkehrsberechtigte Fahrräder vermietet werden. Hierbei ist dem Mieter gleichzeitig die auf den Vermieter lautende Ausweiskarte zu übergeben.

Art. 12.

Wenn ein Eigentümer ein verkehrsberechtigtes Fahrrad im Lande einer anderen Person zur Benützung überläßt, ist er, wenn sich letzterer eine strafbare Übertretung dieser Vorschriften zu Schulden kommen läßt, in gleicher Weise strafbar, wie wenn er die Übertretung selbst begangen hätte, sofern er den Benützer nicht namhaft machen und dieser zur Verantwortung gezogen werden kann.

Art. 13.

Für Fahrräder, die abwechslungsweise von verschiedenen Personen benützt werden, wird für jeden Benützer eine besondere Ausweiskarte gegen Entrichtung einer Schreibgebühr von 50 Rappen ausgehändigt.

Art. 14.

Ausländische Radfahrer, die regelmäßig liechtensteinisches Gebiet befahren, sei es, daß sie hier in Arbeit stehen oder sonst geschäftlichen Verkehr haben, haben beim nächstgelegenen Gemeinde-Kassier für das Fahrrad die Haftpflichtversicherung zu regeln und haben gleichzeitig Banderole bezw. Schild und Aus-

weiskarte zu beziehen, ausgenommen hiervon sind jene Radfahrer aus der Schweiz, welche in ihrem Wohnsitzkanton bereits eine entsprechende Haftpflichtversicherung besitzen.

Art. 15.

Radfahrer haben die Ausweiskarte stets bei sich zu tragen und auf Verlangen vorzuweisen.

Art. 16.

Das Mitführen von verkehrgefährdenden Werkzeugen und Gegenständen in ungeschützter Weise ist verboten.

Art. 17.

Wettrennen mit Fahrrädern bedürfen der Bewilligung der Regierung und sind nur ausnahmsweise unter Anordnung ausreichender Schutzmaßnahmen zu gestatten. Die Kosten der polizeilichen Schutzmaßnahmen tragen die Veranstalter des Rennens.

Art. 18.

Die Gemeindekassiere erhalten die nötigen Weisungen für die Prämienentrichtung und die Ausstellung und Aushändigung der Ausweiskarten und Banderolen bezw. Kontrollschilder durch die fürstliche Regierung.

Art. 19.

Übertretungen dieser Verordnung werden nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 15. März 1932 über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr und der dazugehörigen Vollzugsverordnung vom 25. November 1932 bestraft.

Vaduz, den 20. Dezember 1944.

Fürstliche Regierung:

gez. Dr. Hoop